Hamburg, den 16.4.1968

M I T B Ü R G E R ! A R B E I T E R ! A N G E S T E L L T E !

Während der letzten Tage haben zahlreiche Bürger unserer Stadt nicht gefeiert. Sie haben durch gewaltlose Demonstrationen gegen die Lügen und den Meinungsterror der Zeitungen aus dem Springer-Konzern sich aufgelehnt. Der Mordversuch an Rudi Dutschke war das Ergebnis der schon lange dauernden Verhetzung durch die Springer-Presse und durch Regierungs- und Parlamentsmitglieder in Berlin und Bonn: der Attentäter sagte "Ich konnte Dutschke nicht leiden" - er konnte Dutschke nicht leiden, weil die Springer-Presse ihm das eingehämmert hatte.

Am Donnerstag und Freitag wurde verzweifelt protestiert. Denn wer anders denkt als Springers Redakteure wollen, wer sich der unmenschlichen Verhetzung und Verfolgung nicht länger aussetzen will, der hat Ursache, um sein Leben zu fürchten. Das lehrt uns der Mord an Benno Ohnesorg, das lehrt uns das Attentat auf Dutschke.

Die Zeitungen des Springer-Meinungsmonopols - Bild, Bild am Sonntag, Abendblatt, Welt, Welt am Sonntag, und andere - betreiben seit Jahren Minoritätenhetze, die nach dem Grundgesetz verboten ist. Die verfolgte Minderheit sind vor allem die Studenten - sie sind die Juden der Bundesrepublik. Sie kämpfen verzweifelt und ohnmächtig gegen die Pressepogrome des Hauses Springer. Sie tun es für alle Bürger unseres Staates. Sie sind ohnmächtig gegen die publizistische Macht, sie sind es aus Mangel an wahrheitsgemäß berichtenden Zeitungen und aus Mangel an Rechtsschutz gegen den mörderischen Mißbrauch der publizistischen Macht durch das Haus Springer.

Die Koalitionsparteien schützen den Springer-Konzern, weil sie es sich nicht leisten wollen, gegen ihn und seine unverantwortlichen Nachrichtenfälschungen und die rücksichtlose Meinungsmache aufzutreten. Denn sie fürchten die erpresserische Propaganda in "BILD" und anderswo, sie fürchten den Verlust der durch das Haus Springer gelenkten Wählerstimmen.

Die rechtliche und publizistische Ohnmacht in unserer Scheindemokratie, in der das Grundgesetz kaum noch etwas gilt, hat diejenigen, die das erkannt haben, zu dem Versuch veranlaßt, die Auslieferungen von Springer-Zeitungen zu verhindern. Das ist ein Akt verzweifelter Notwehr gegen Springers mörderische Übermacht. Die Demonstrierenden wehren sich gegen seine Unterdrückung, gegen seine Pogrome.

Am Karfreitag beteiligten sich daran rund 3 000 Demonstranten. Als die beladenen Springer-Wagen bereit waren zur Ausfahrt, schlug ihnen die Polizei mit Knüppeln und Wasserwerfern ohne Vorwarnung eine blutige Gasse durch die passiv verharrende Menschenmenge.

Die Polizei handelt beständig außerhalb der Legalität. Sie wird dazu von den zuständigen Politikern ermutigt und bekommt von Springer-Presse gute Zensuren, wenn sie "durchgegriffen" hat, d.h., wenn sie Menschen schwer verletzt hat.

Die Polizei macht Schläger-Aktionen ohne Vorwarnung, obwohl sie zur Vorwarnung verpflichtet ist. Sie legt sich in den Hinterhalt und macht Überfälle. Sie verfolgt längst versprengte Demonstranten-Gruppen

im Einsatzwagen und prügelt sie hinterrücks. Die Polizei voll-
zieht durch ihre Prügeleien außergerichtliche Strafmaßnahmen.
Sie versucht, die außerparlamentarische Opposition durch phy-
sische Gewalt auszuschalten. Sie veranstaltet erbarmungslose
Einkesselungen und Vernichtungsschlachten.

Es ist eine Polizei- und Presselüge, daß es zu "Schlägereien
zwischen Polizei und Studenten" käme - die Polizei ist es,
die schlägt. Sie ist im Besitz der Schlagstöcke, der Pistolen und
einer einschlägigen Ausbildung. Ihre hemmungslos brutalen Einsätze
verfolgen den Zweck, durch Verbreitung von Angst in der Bevölke-
rung Demonstration und Opposition überhaupt zu unterdrücken. Sie
schaffen nicht Ordnung, sondern Terror.

Am Oster-Montag demonstrierten auf der Moorweide 4 000 Menschen
gegen die Notstandsgesetze. Noch während der Abschlußkundgebung
wurde der Notstand praktiziert: cirka 300 Polizisten und 20 Beamte
in Zivil umstellten die Ausgänge des SDS-Büros. Dann drang die Kripo
mit cirka 15 Mann ein, verhaftete vier zufällig Anwesende unter
unhaltbaren Vorwänden - sie konnte einen richterlichen Haussuchungs-
oder Haftbefehl nicht vorlegen.

Ein Springer-Auslieferungswagen fuhr gasgebend auf eine Gruppe von
Demonstranten zu. Der Arbeiter D. Schmidt wurde frontal getroffen
und lebensgefährlich verletzt. Der Fahrer floh - die "Bild"-Zeitung
schreibt:"Der Fahrer mußte weiterfahren. Die anderen hätten ihn
sonst gelyncht." Mit solchen Unterstellungen gegenüber den Demon-
stranten und solchen Spielregeln für seine Fahrer liefert "Bild"
den Freibrief zu " sachlich gerechtfertigtem" Totschlag - die Zeitung
muß ja pünktlich ausgeliefert sein,"Menschenmaterial" spielt keine
Rolle.
Entsetzt von dem unrechtmäßigen Verhalten formierten sich die
Demonstranten für einen Marsch zum Polizeipräsidium, um dort zu
protestieren und um die Freilassung der inhaftierten SDS-Mitglieder
zu fordern. Die Krankenwagen waren schon bereitgestellt, als die
Demonstranten ankamen. Wiederum ohne vorherige Ankündigung gebrauch-
te die Polizei den Schlagstock und knüppelte wahllos auf Männer,
Frauen und Jugendliche ein. Abtransportiert wurden rund 30 zum Teil
erheblich Verletzte.
Für den Innenhof des Springerverlages hatte man aus Schleswig-Holstein
Bereitschaftspolizei in Stärke von ein- bis zweitausend Mann
abkommandiert. Sie bezog dort Stellung, nachdem der Komplex
zusätzlich mit Stacheldrahtverhauen und Barrieren befestigt worden
war. Gemeinsam mit einigen Hundertschaften Hamburger Bereitschafts-
polizei wurde das Großunternehmen gegen sitzende Demonstranten
"geschützt". Die ca. 1500 Demonstranten ließen sich durch die polizei-
lichen Aggressionen mit Wasserwerfer und Prügeltrupps nicht iritieren.
Sie zogen durch die Stadt zurück in die Universität, um die Vorkomm-
nisse zu diskutieren . Auf dem Wege verhafteten Greiftrupps der Poli-
zei eine Anzahl einzelner Demonstranten. Die Polizei führt Schwarze
Listen.

BÜRGER HAMBURGS ! ARBEITER ! GEWERKSCHAFTER !

Für all diese Aktionen ist der Innensenator Ruhnau verantwortlich !
Ihm gilt eine gut funktionierende Springer-Presse offenbar mehr als
das Leben und die Gesundheit junger Menschen mit anderer Meinung.
Ruhnau ist für die kriminelle Brutalität der Polizei verantwortlich.
Die Studenten fordern darum seinen Rücktritt. Ruhnau ist auch für die
Gewerkschaftsbewegung, aus der er hervorgegangen ist, nicht mehr
tragbar. Gewerkschafter, distanziert euch von ihm! Ruhnau verdient
kein Vertrauen mehr.

Herausgeber: Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Hamburg
Verantwortlich: Uwe Herms, Wehrhart Otto, Pressereferent